



Der Tunesien-Heimkehrer

Moncef Marzouki glaubte fast nicht mehr, dass er Tunesien noch mal als freier Mann betreten würde. Im ND-Interview äußert er seine Visionen über die Zukunft des Landes.

Seite 2



Kurt Maetzig heute 100

Er ist einer der großen DEFA-Regisseure gewesen. Gunnar Decker porträtiert einen »Aufklärer und Weltbürger«, der bedeutende Filme drehte und seine politischen Irrtümer – Irrtümer nennt.

Seite 3



Marginalisierte Kleinbauern

Obwohl die mehr als zwei Milliarden Kleinbauern den größten Beitrag für die Ernährung der Welt leisten, stehen sie in der Agrarpolitik am Rand. Schnittblumen werden derweil gefördert.

Seite 10

Standpunkt

Transferunion

Von Kurt Stenger

Würde neben dem Wort und dem Unwort auch noch das Schreckgespenst des Jahres gekürt, dann hätte es 2010 mit Sicherheit »Transferunion« gelautet. Die armen Griechen wollen uns reichen Deutschen das Geld aus der Tasche ziehen, lautete zwischen den Zeilen die Parole. So konnte Kanzlerin Merkel die mit brutalen Sparvorgaben verbundenen EU-Kredite an Griechenland als alternativlos hinstellen.

Durch diese unsägliche Debatte fühlen sich jetzt die deutschen Südländer gestärkt, die bundesinterne Finanzsolidarität zu attackieren. Dabei ist eine Verfassungsklage ziemlich aussichtslos: Schon mehrfach hat Karlsruhe über den Länderfinanzausgleich geurteilt – zuletzt 1999; er wurde daraufhin schon mit »mehr Anreizen« ausgestattet, was die wohlhabenden Länder jetzt wieder einfordern. Die Klagedrohung ist daher mehr eine politische: Zum einen versuchen die – teils wegen der Fehlspekulationen ihrer Landesbanken angeschlagenen – Südländer angedrohter Wahlen, mit Populismus den Wutbürger zu beeindrucken. Zum anderen setzt man die Länderkollegen unter Druck, der einen oder anderen Detailänderung zuzustimmen.

Ganz große Kürzungen am Finanzausgleich sind kaum zu befürchten. Zumal die breite Mehrheit der Bundesbürger in Ländern lebt, die von ihm eher profitieren. Die Transferunion ist hier eigentlich akzeptiert – warum nicht auch als Alternative zur Rotstift-EU der Kanzlerin?

Unten links

Behinderungen welcher Art, so der Gesundheitsminister in einem Rundfunk-Interview, seien kein Grund für Zurücksetzung oder sonstige Benachteiligung. Die Praxis im Lande gibt ihm recht. Zum Beispiel die Lüge. Obwohl sie kurze Beine hat, darf sie der Wahrheit nahezu überall ungehindert den Rang ablaufen. Oder die Justiz: Obwohl sie auf dem linken Auge gern blind ist, gilt sie doch offiziell als klar- und weitsichtig. Oder die jeweils herrschende Politik: ist doppelzüngig, muss aber, wo es um mehr soziale Gerechtigkeit geht, nicht mal das Zünglein an der Waage sein. Oder die Berliner S-Bahn- oder die Bundesbahn-Betreiber: Weil sie offenkundig hirnlos sind, werden sie in Ruhe gelassen, denn wie sollen sie in ihrer Lage an Rücktritt – denken? Benachteiligung? Keine Spur! Zum Beispiel die Geschichtspropagandisten aller Couleur: arbeiten fast nur mit Vergleichen, die hinken. Und manch einer hat kein Rückgrat, er fällt nun zwar um, liegt aber für die Karriere genau richtig. *hades*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Anschlag auf Moskauer Flughafen

Mindestens 35 Menschen starben bei Selbstmordattentat im Airport Domodedowo

Bei einem Selbstmordanschlag auf dem internationalen Moskauer Flughafen Domodedowo sind am Montag mindestens 35 Menschen getötet und bis zu 130 verletzt worden.

Moskau (Agenturen/ND). Vermutlich sprengte sich auf dem Flughafen Domodedowo ein Attentäter aus dem Konfliktgebiet im russischen Nordkaukasus, wie russische Medien berichteten. Staatspräsident Dmitri Medwedjew schaltete den Inlandsgeheimdienst FSB ein und ordnete im ganzen Land erhöhte Alarmbereitschaft an. Auf Flughäfen und Bahnhöfen gelte von sofort an eine erhöhte Sicherheitsstufe, sagte Medwedjew am Montag im Staatsfernsehen.

Die Explosion, deren Wucht der Detonation von fünf bis zehn Kilogramm TNT entsprach, habe sich um 16.32 Uhr (14.32 Uhr MEZ) in der Ankunftshalle in der Nähe eines Cafés ereignet, meldeten russische Agenturen unter Berufung auf die Polizei. Auch Stunden nach dem Anschlag flossen Informationen über das Geschehen an modernsten Moskauer Flughäfen nur spärlich: Selbst das russische Fernsehen zeigte zunächst keine eigenen Bilder, sondern brachte Videos, die Augenzeugen auf YouTube und andere Internet-Plattformen hochluden. Nach unbestätigten Berichten explodierten zwei Sprengsätze, die mit Metallstücken gefüllt waren. Dichter Rauch, Trümmer und Glassplitter in der Halle erschwerten die Bergungsarbeiten, berichteten Augenzeugen. Rund 50 Krankenwagen rasten zu dem etwa 45 Kilometer vom Stadtzentrum entfernten Flughafen. Die Verletzten wurden in mindestens vier Kliniken gebracht.

Nach dem Anschlag gab es zunächst keine Hinweise auf deutsche Opfer. Eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes sagte, es gebe noch keine verlässlichen Angaben zur Herkunft der Toten und Verletzten. Mitarbeiter der deutschen Botschaft seien bereits am Flughafen und im Kontakt mit den russischen Behörden. Die russi-



Versorgung eines Verletzten im Flughafen

Foto: dpa

Behörden stoppten zunächst alle internationalen Flüge in Domodedowo, darunter auch Landungen der deutschen Gesellschaften Air Berlin und Lufthansa. Die Maschinen wurden auf die beiden anderen Moskauer Flughäfen Wnukowo und Scheremetjewo umgeleitet. Schon nach kurzer Zeit wurde der Flugbetrieb auf Domodedowo wieder aufgenommen.

Der internationale Flughafen Domodedowo ist der modernste und größte Airport der russischen Hauptstadt. 2009 wurden dort 18,7 Millionen Passagiere abgefertigt. Nach Angaben der Eigentümer-Gruppe East Line wird Domo-

dedowo gegenwärtig von 77 Airlines angefliegen, 36 davon sind ausländische Fluggesellschaften. In den vergangenen Jahren wechselten mehrere internationale Airlines zu dem komplett renovierten Airport Domodedowo.

Medwedjew kritisierte, dass offenbar zu laxen Sicherheitsvorkehrungen zu dem Anschlag geführt hätten. Wegen der aktuellen Lage sagte er seine Eröffnungsrede auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos ab, zu dem er am heutigen Dienstag fliegen wollte. Regierungschef Wladimir Putin schaltete sich in die Ermittlungen ein. Die Sicherheitskräfte suchen nach drei

verdächtigen Männern. Die Moskauer Behörden versetzten auch die beiden anderen internationalen Moskauer Flughäfen sowie die Metro in Alarmbereitschaft. In der U-Bahn gab es im März 2010 einen Selbstmordanschlag mit 40 Toten. Die Täterinnen kamen damals aus dem Unruhegebiet Nordkaukasus.

NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen zeigte sich »geschockt« über das Attentat. Der Terrorismus sei eine »gemeinsame Bedrohung, der wir uns vereint stellen müssen«. Daher müssten die NATO und Russland ihre Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus verstärken.

Der Plan auf der Serviette – ein Bündel Lügen?

Brisante Palästina-Papiere von Fernsehsender Al Dschasira kompromittieren Präsident Abbas

Von Karin Leukefeld, Damaskus

Die Palästinenserbehörde um Präsident Abbas soll bei Gesprächen mit Israel große Zugeständnisse in Jerusalem angeboten haben. Jetzt muss er sich gegen den Vorwurf des Ausverkaufs der palästinensischen Sache verteidigen.

1684 Dokumente mit 275 verschiedenen Protokollnotizen, 690 interne E-Mails, 153 Berichte, 134 Vorbereitungspapiere, 64 vorläufige Abkommen, 54 Karten und mehr – das sind die vertraulichen »Palästina-Papiere«, die der arabische Sender Al Dschasira seit Sonntag täglich veröffentlicht. (www.english.aljazeera.net) Laut dem Sender handelt es sich um die größte Menge Geheimunterlagen, die jemals über den Nahostfriedensprozess bekannt wurde, dokumentiert werden die Verhandlungen zwischen 1999 und 2010. Im Zentrum der Veröffentlichung stehen die Verhandlungsteams von

Israel, den USA und der palästinensischen Autonomiebehörde, die Unterlagen dokumentieren aber weit über dieses Trio hinaus auch die Rolle der EU und der arabischen Staaten in einem Wust von Verhandlungen, die viele als gescheitert ansehen.

Die Dokumente, die im Laufe dieser Woche von Al Dschasira veröffentlicht werden, betreffen die Annexion von illegalen Siedlungen in Ostjerusalem durch Israel, die Al-Aksa-Moschee, das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge und die Zusammenarbeit der palästinensischen Sicherheitskräfte mit Israel. Sie sind überwiegend in Englisch, der Verhandlungssprache. Man habe die Unterlagen auf ihre Echtheit überprüft, sagte der Sender, die Quelle werde wegen des sensiblen Themas nicht preisgegeben.

Im Zentrum der ersten Veröffentlichungen steht Jerusalem, dessen Ostteil 1967 von Israel besetzt wurde, das nach dem Völker-

recht aber Hauptstadt eines künftigen palästinensischen Staates werden soll. Während Yasser Arafat sich noch im Jahr 2000 bei den Camp-David-Verhandlungen vehement weigerte, Ostjerusalem aufzugeben, sieht das derzeitige palästinensische Verhandlungsteam von Saeb Erekat das anders.

Aus den Unterlagen geht hervor, dass Erekat weitreichende Zugeständnisse an die israelische Seite machte. Demzufolge habe er nichts dagegen, wenn Israel die illegalen Siedlungen in Ostjerusalem annekieren würde, Teile des armenischen Viertels gleich dazu. Der Har am al-Scharif, das Gebiet der Al-Aksa-Moschee, das im Westen allgemein als Tempelberg bekannt ist, könnte einem Gremium oder Komitee unterstellt werden, die müsse man »kreativ sein, wie ich es bin«. Bisher wird die Moschee von einem autonomen islamischen Gremium verwaltet.

Nie zuvor hätten die Palästinenser Israel so weitreichende Vor-

schläge gemacht, wird ihr früherer Ministerpräsident Ahmed Kureia zitiert. Unter Arafat, der die Verhandlungen bis 2000 geführt hatte, wäre das seiner Meinung nach nie möglich gewesen. Erekat sagte 2008 gegenüber dem US-Vermittler George Mitchell, man habe Israel das »größte Jerusalem der jüdischen Geschichte« angeboten.

Zu den Unterlagen gehört auch eine Serviette, auf der Palästinenserpräsident Mahmud Abbas 2008 die zukünftigen Grenzen nach einem Austausch von Land skizzierte, wie es ihm von den Israelis vorgeschlagen worden war.

Saeb Erekat bezeichnete in einem Interview mit Al Dschasira das Material als »ein Bündel Lügen«, er habe immer gesagt, dass Ostjerusalem zu Palästina gehöre. Mahmud Abbas sagte, der Sender habe die Texte falsch zugeordnet und führe die Öffentlichkeit in die Irre. Von Seiten der Hamas kam Kritik an der Palästinenserführung. Sie solle sich schämen.

Südländer setzen Ultimatum

Länderfinanzausgleich: Klage in Vorbereitung

Stuttgart/Berlin (dpa/ND). Die Geberländer Baden-Württemberg, Bayern und Hessen haben den Nehmern in Länderfinanzausgleich ein Ultimatum gesetzt. Wenn die Empfänger nicht zu ernsthaften Gesprächen bereit seien, werde man vor dem Bundesverfassungsgericht klagen, hieß es nach einer gemeinsamen Kabinettsitzung der drei schwarz-gelben Landesregierungen in Stuttgart. »Bis zum Sommer sehen wir, ob wir zu konstruktiven Gesprächen kommen«, sagte Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU).

Die Länder lassen jetzt eine Klage von zwei Professoren ausarbeiten, die den Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Form als verfassungswidrig ansehen. »Während die Klageschrift erstellt wird, sind wir zu Gesprächen bereit«, sagte der Stuttgarter Regierungschef Stefan Mappus (CDU). Er schlägt vor, den Finanzausgleich aufzusplitten in einen Sockelbeitrag als »eine Art Sozialhilfe« für Bundesländer und in Anreizzahlungen. Diese sollten nur fließen, wenn das Land seine Steuermesskraft oder seine Wirtschaftskraft erhöhe.

SPD-Chef Sigmar Gabriel bezeichnete den Vorstoß als »überflüssige Wahlkampfkönig«. Am 27. März sind in Baden-Württemberg Landtags- und in Hessen Kommunalwahlen. Kritik gab es auch aus mehreren Nehmerländern und der Linkspartei.

Kurz

Wenig Schwarzarbeit

Tübingen (AFP). Schwarzarbeit in Deutschland ist einer Studie zufolge 2010 auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren gefallen. Mit 347,6 Milliarden Euro entsprechen die in der Schattenwirtschaft erwirtschaftete Summe einer Größenordnung von 13,91 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, so das Tübinger Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung.

Hellas vs. Siemens

Athen (dpa). Im Siemens-Schmiergeldskandal will die griechische Regierung eine Entschädigung vom Konzern fordern. »Es ist der starke Wille der Regierung, dass der Staat entschädigt wird«, sagte Regierungssprecher Giorgos Petalotis in Athen. Zur möglichen Höhe machte er keine Angaben.

Hinrichtungen in Iran

Teheran (AFP). In Iran sind zwei Mitglieder der oppositionellen Volksmudschahedin hingerichtet worden. Die beiden Männer seien am Montagmorgen gehängt worden, meldete das Staatsfernsehen unter Berufung auf die Staatsanwaltschaft von Teheran.

40 000 Hybridautos

Berlin/Flensburg (dpa). 40 000 Autos in Deutschland sind mit einem Hybrid- oder Elektroantrieb unterwegs. Das teilte das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg mit.